

04.12.1989

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826 -
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Einzelplan 04 - Justizminister

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Heugel SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplan 04 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 04.12.1989/Ausgegeben: 04.12.1989

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 11 43, Telefon (0211) 884 2439, zu beziehen.

4904-2

BerichtA Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom Rechtsausschuß beraten. Das Ergebnis ist in dem beigehefteten Bericht - Vorlage 10/2409 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 - Drucksache 10/4915 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 30. November 1989 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen des Rechtsausschusses und der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen.

Die SPD-Fraktion stellte folgende Anträge:

1. Zu

Kapitel 04 050

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Ansatzserhöhung um 41 000 DM

2. Zu

Kapitel 04 050

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Ansatzserhöhung um 586 000 DM

Begründung zu 1. und 2.

Besoldungsaufwand für zusätzliche Stellen

Die Anträge zu 1. und 2. wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen einige Stimmen aus der Fraktion der CDU bei Enthaltung der restlichen Mitglieder der Oppositionsfraktionen angenommen.

Die CDU-Fraktion stellte den aus dem Anhang ersichtlichen Antrag, der mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt wurde.

Bei der Gesamtabstimmung nahm der Haushalt- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 04 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen des Rechtsausschusses, der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlage 10/2409

Anhang: Änderungsanträge der CDU-Fraktion

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers
auf der Grundlage der Zweiten Ergänzung
(Druckache 10/4970) mit
Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und
Stellenübersichten

Änderungsantrag Nr. 1
 der Fraktion der CDU
 zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
 Drucksachen 10/4600 und 10/4826

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
 Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
 Haushaltsgesetz 1990

1. Die Ansätze (Teilansätze) bei nachstehenden Haushaltsstellen mit insgesamt 66 425 200 DM werden gestrichen:

Kapitel 03 110 Titel 714 00, 716 00, 736 00, 752 00
 (Teilansatz), 757 00, 763 00, 765 00 (Teilansatz), 774 00,
 777 00, 779 00, 794 00 und 796 00;

Kapitel 03 370 Titel 712 00;

Kapitel 04 040 Titel 718 00 und 792 00;

Kapitel 04 050 Titel 739 00;

Kapitel 07 120 Titel 712 00;

Kapitel 07 330 Titel 716 00 und 718 00;

Kapitel 09 010 Titel 712 00;

Kapitel 10 220 Titel 712 00;

Kapitel 10 410 Titel 712 00 und 717 00;

Kapitel 11 070 Titel 717 00 und 718 00;

Kapitel 12 050 Titel 755 00 und 776 00;

Kapitel 14 630 Titel 783 00 und 784 00.

2. Die Ansätze bei den Titeln der Obergruppe 81 in allen Einzelplänen mit Ausnahme des Polizei- (03 110) und der Hochschulkapitel (06 111 bis 06 820) werden um 30 v.H. mit dem Ergebnis eines Einsparungsbetrages von insgesamt mindestens 45 000 000 DM reduziert.

Begründung:

zu 1.: Um Baukapazitäten und Mittel für den Wohnungsbau freizumachen, sind Baumaßnahmen des Landes zu verschieben. Im wesentlichen handelt es sich um solche Baumaßnahmen, für die Haushaltsunterlagen nach § 24 LHO noch nicht vorliegen sowie um solche, die ohne Not verschiebbar sind (Umbau Ständehaus und Elisabethstr. 5-11 in Düsseldorf). Ausgenommen von dieser Maßnahme sind: Hochschulbereich, aus Strukturhilfemitteln und ZIM-Mitteln finanzierte Baumaßnahmen.

zu 2.: Um Mittel für den Wohnungsbau verfügbar zu haben sowie zur Vermeidung einer weiteren Verschuldung des Landes ist es erforderlich, 30 % der für 1990 vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen (mit Ausnahme der Polizei- und Hochschulbereiche) zu verschieben.

4904-6

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

17.11.1989

10. Wahlperiode

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 04 - Justizminister

- Drucksache 10/4600 und 4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Rechtsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Klütsch SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizminister - wird mit nachstehenden
Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 04 - Justizminister - in den Sitzungen am 4. und 25. Oktober beraten und ihn am 17. November 1989 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

In die Beratungen des Ausschusses wurden die Vorlagen des Justizministers mit dem Gesamtüberblick über den Personalhaushalt (Vorlage 10/2322) und mit dem Gesamtüberblick über sächliche Ausgaben und Ausgaben für Investitionen (Vorlage 10/2323) im Einzelplan 04 (Justizminister) mit einbezogen. Als Beratungsunterlagen dienten auch das Schreiben des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband e.V. Nordrhein-Westfalen vom 2. August 1989 (Zuschrift 10/2941) mit den Haushaltsforderungen des Bundes zum Personalhaushalt 1990; das Schreiben des Deutschen Berufsverbandes der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e.V., Fachgruppe Bewährungs- und Straffälligenhilfe, Landesfachgruppe Nordrhein-Westfalen vom 21. September 1989 (Zuschrift 10/2979) mit einer Darstellung der Belastung der Bewährungshilfe und entsprechenden Forderungen an den Haushaltsplan 1990; das Schreiben des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vom 28. März 1989 (Zuschrift 10/2996) mit Stellenanmeldungen zum Haushalt 1990 sowie das Schreiben des Bundes Deutscher Finanzrichter, Landesverband Nordrhein-Westfalen vom 28. September 1989 (Zuschrift 10/3004) mit einer Darstellung der Situation der Finanzgerichtsbarkeit und Forderungen nach einer Personalverstärkung. Weitere Forderungen und Vorschläge zur Verbesserung der Personalsituation gingen darüberhinaus dem Ausschuß bereits

vor Einbringung des Haushaltsplans 1990 von Seiten des Arbeitskreises der Sozialarbeiter in den Führungsaufsichtsstellen, der Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen bei den Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband e. V. Nordrhein-Westfalen zu und wurden ebenfalls mit berücksichtigt. Die Vereinigung der Verwaltungsrichter des Landes Nordrhein-Westfalen trugen mit Schreiben vom 31. Oktober ihre Sorgen über die Haushaltsberatungen 1990 vor.

B Personaltitel

1. Die CDU Fraktion beantragte

bei Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften -

- a) bei Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter -
den Ansatz von 889 380 700 DM
um 3 000 000 DM
auf 892 380 700 DM und
- b) die Stellen für beamtete Hilfskräfte - Besoldungsgruppe A 9 (Sozialinspektoren z. A.) von 95 um 60 auf 155 zu erhöhen, als partieller Ausgleich des Stellenfehlistandes im Bereich der Bewährungshilfe.

Der Antrag wurde mit 6 Stimmen der Fraktion der SPD gegen 5 Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. und 2 Enthaltungen der SPD abgelehnt.

- ### 2. Zu Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen -
- Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter beantragte die Fraktion der SPD die zusätzliche Einrichtung einer beamteten Hilfsstelle der Besoldungsgruppe A 9 (Sozialinspektor z.A.) sowie zum gleichen Kapitel

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellte - zusätzliche 13 Hilfsstellen der Vergütungsgruppe VII/VIII BAT (Angestellte im allgemeinen Vollzugsdienst).

Diese neuen insgesamt 14 Stellen sind nach der von der antragstellenden Fraktion gegebenen Begründung dringend erforderlich zur personellen Ausstattung der Mutter-Kind-Abteilung beim Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg. Die Einrichtung soll im Laufe des Jahres 1990 eröffnet werden. Die Stellen seien bereits im Haushaltsplan 1989 vorgesehen aber letztlich wegen fehlenden Bedarfs nicht eingebracht worden.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. mit den Stimmen der SPD angenommen.

3. Die CDU Fraktion beantragte

bei Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen -

- a) bei Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf -
- | | |
|----------------|-------------------|
| den Ansatz von | 13 000 000 DM |
| um | 2 100 000 DM |
| auf | 15 100 000 DM und |

- b) die Stellen für Justizvollzugsassistentenanwärter - Besoldungsgruppe A 5 - von 670 um 140 auf 810 sowie die entsprechende Einstellungsermächtigung von 208 um 140 auf 348 zu erhöhen als Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung im Schichtdienst.

Die von der CDU Fraktion beantragten Stellenvermehrungen, so der Sprecher der SPD Fraktion, seien auch in seiner Fraktion heftig und kontrovers diskutiert worden. Der Arbeitskreis "Recht" habe sich leider nicht mit seiner Auffassung durchsetzen können, daß eine volle Ausgleichung der

Arbeitszeitverkürzung insbesondere im Vollzugsbereich dringend notwendig wäre. Man könne nunmehr nur auf die Landesregierung verweisen, die als Tarifvertragspartner in erster Linie die Verantwortung dafür trage, daß die Tarifabschlüsse nicht bereits im Kabinett umgesetzt worden seien.

Der Sprecher der CDU Fraktion hielt solche Schuldzuweisungen für unverantwortlich und unglaubwürdig. Die Anträge seiner Fraktion seien angemessen, da nur der Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung gefordert werde. Die Forderungen blieben noch hinter denen der Verbände zurück.

Auch die F.D.P. Fraktion hält eine völlige Umsetzung der Tarifabschlüsse für geboten. Durch die Tarifparteien sei ein Vertrauenstatbestand geschaffen worden. Die Tarifparteien hätten auf eine Umsetzung der Abschlüsse vertrauen dürfen und würden jetzt enttäuscht, weil noch nicht einmal die rein rechnerischen Einsparungen umgesetzt würden.

Der Justizminister erklärte, daß er nach wie vor zur einstimmigen Auffassung des Kabinetts stehe, die Arbeitszeitverkürzung nicht voll auszugleichen. In den nordrhein-westfälischen Vollzugsanstalten sei das Betreuungsverhältnis Gefangener zu Bediensteter so gut wie in keinem anderen Flächenland der Bundesrepublik. Man müsse die Dienste eben so organisieren, daß die anfallenden Aufgaben erledigt werden können. Auch würden durch den Wegfall der Stellenbesetzungssperre 143 Stellen des allgemeinen Vollzugsdienstes sofort besetzbar, was defacto einer Aufstockung gleich käme.

Der Antrag wurde mit 6 Stimmen der Fraktion der SPD gegen 5 Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. und 2 Enthaltungen der SPD abgelehnt.

C Sach- und Investitionstitel

Bei Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften -
 Titel 741 00 - Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Dortmund
 ... - beantragte die SPD-Fraktion die Ausbringung folgenden
 Haushaltsvermerks:

"Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen für
 den Baubeginn eingesetzt werden"; und die nachfolgenden Ände-
 rungen der Erläuterungen.

Gesamtkosten nach vorläufiger	
Kostenschätzung	49 000 000 DM
Verausgabt 1979 - 1988	1 730 600 DM
Bewilligt 1989	100 000 DM
Nach 1989 übertragene Ausgabenrest	81 900 DM
Veranschlagt 1990	700 000 DM
	<hr/>
Vorbehalten	46 387 500 DM

Die antragstellende Fraktion möchte mit ihrem Änderungsantrag
 sicherstellen, daß nach Abschluß der Vorarbeiten sofort mit der
 Baumaßnahme begonnen werden kann, sobald die Gelder zur
 Verfügung stehen.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltungen der Fraktionen von CDU
 und F.D.P. mit den Stimmen der Fraktion der SPD angenommen.

In der GesamtAbstimmung wurde der Einzelplan 04 mit den oben
 angeführten Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD
 gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
 angenommen.

Marlis Robels
 stellv. Vorsitzende

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Anlage zu Drucksache 10/4904

✓

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1990

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 1 : Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
04 040	<u>Gerichte und Staatsanwaltschaften</u>			

741 00

Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Dortmund und Neubau für die Staatsanwaltschaft Dortmund und aus diesem Anlaß erforderliche Umbauarbeiten in den Altbauten - weitere Vorarbeitskosten -

700.000

700.000

(Ausbringung des folgenden Haushaltsvermerks:)

Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen für den Baubeginn eingesetzt werden.

(Änderung der Erläuterungen:)

Gesamtkosten nach vorläufiger Kostenschätzung: 49.000.000 DM

Verausgabt 1979 - 1988

1.730.600 DM

Bewilligt 1989

100.000 DM

Nach 1989 übertragene Ausgabereste

81.900 DM

Veranschlagt 1990

700.000 DM

• Vorbehalten

46.387.500 DM

4904 B 2

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
04 050	<u>Justizvollzugseinrichtungen</u>			
422 10	Bezüge der Beamten (und Richter) (Zugang von 1 Stelle für beamtete Hilfskräfte)	310.000.000	+ 41.000	310.041.000
425 10	Bezüge der Angestellten (Zugang von 13 Angestellten-Stellen)	64.500.000	+ 586.000	65.086.000
<u>Abschluß Einzelplan 04:</u>				
	Gesamteinnahmen	1.107.369.000	-	1.107.369.000
	Gesamtausgaben	2.897.262.500	+ 627.000	2.897.889.500
	Verpflichtungsermächtigungen	93.060.000	-	93.060.000

490483

Justizminister

Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 04:

Anlage 2:

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
--------------------------------	--	---------------------------------	-------------------------	------------------

04 040 Gerichte und Staatsanwaltschaften

425 10 Bezüge der Angestellten

IX a/IX b BAT	Justizaus helferdienst, Botendienst (Dienststart 09)	189	- 6	183
---------------	---	-----	-----	-----

426 10 Bezüge der Arbeiter

VI/V MTL II	Justizaus helfer (Dienststart 03)	107	- 10	97
-------------	--------------------------------------	-----	------	----

4904 84

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>04 050</u> <u>Justizvollzugseinrichtungen</u>			
	<u>422 10</u> Bezüge der Beamten (und Richter)			
Stellen für beamtete Hilfskräfte A 9	Sozialinspektoren z.A.	12	+ 1	13
	<u>425 10</u> Bezüge der Angestellten			
VII/VIII BAT	Allgemeiner Vollzugsdienst (Dienstort 06)	86	+ 29	115
	(neuer ku-Vermerk:) zu Dienstort 06:			
	<u>16</u> (-) Stellen VergGr. VII/VIII BAT ku zum 31.12.1991 in 6 Stellen der Verg- Gr. IX a/IX b BAT und 10 Stellen der Lohngr. VI/V MTL II im Kapitel <u>04 040</u>			

4904 85

Einzelplan 04:

Justizminister

Anlage 2:

Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>Abschluß Einzelplan 04:</u>			
	Planmäßige Beamte	23.086	-	23.086
	Beamtete Hilfskräfte	981	+ 1	982
	Angestellte	8.085	+ 23	8.108
	Arbeiter	708	- 10	698
	<u>Titelgruppen:</u>			
	Planmäßige Beamte	-	-	-
	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-
	Angestellte	180	-	180
	Arbeiter	7	-	7
	insgesamt:	33.047	+ 14	33.061
	Beamte im Vorbereitungsdienst	8.244	-	8.244
	Auszubildende	2.571	-	2.571

4904 B 6

5